

Der Thurgau will Wasserkraft verstärkt fördern

Energie Auch kleinere Wasserkraftanlagen sollen von den Investitionsbeiträgen profitieren. Der Kanton Thurgau ist gemäss einer Mitteilung derzeit daran, eine Strategie mit dem Titel «Gewährleistung einer nachhaltigen Energieproduktion aus Wasserkraft im Kanton Thurgau» zu erarbeiten. «Die rund 20 kleinen und mittleren Wasserkraftwerke tragen zurzeit rund einen Fünftel zur erneuerbaren Stromerzeugung des Kantons Thurgau bei.» Die Problematik, dass die mit öffentlichen Mitteln sanierten kleinen Wasserkraftwerke den Betrieb aufgrund ungenügender Wirtschaftlichkeit einstellen müssten, sei dem Regierungsrat bewusst. Der Kanton Thurgau sei deshalb dabei, unter dem Titel «Gewährleistung einer nachhaltigen Energieproduktion aus Wasserkraft im Kanton Thurgau», eine Strategie zu erarbeiten. «Erklärtes Ziel ist es, die bestehende Produktion mindestens zu halten.» Das Auslaufen von bestehenden Förderinstrumenten, die Umsetzung der Schutzvorschriften bei Konzessionserneuerungen sowie die Ablösung der ehehaften Rechte stellten die Kraftwerksbetreiber vor grosse Herausforderungen. Mit verschiedenen Massnahmen, wie beispielsweise dem Verzicht auf die Heimfallverzichtentschädigung, soll der langfristige Betrieb der bestehenden Wasserkraftwerke gestützt werden. In diesem Sinne begrüsst es der Regierungsrat, wenn kleine Wasserkraftanlagen von den Investitionsbeiträgen ebenfalls profitieren und so die Gleichbehandlung mit Anlagen mit einer Leistung von mehr als 300 kW gewährleistet ist, schreibt er in seiner Vernehmlassungsantwort zu einer Verordnungsänderung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Anlagenbesitzer mit einem hohen Sommerstromanteil werden laut Regierungsrat ihren Eigenverbrauch stärker optimieren. Die Nachfrage nach individuellen oder Quartierspeicherlösungen werde daher steigen. Dies sei im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Netzstabilität ebenfalls zu begrüssen. (red)

Neues Personal und alte Kräfte

Die Mitte Thurgau hat Erfolge bei Wahlen und Abstimmungen hinter sich. 2023 setzt sie auf den Parteinamen.

Thomas Wunderlin

Gegenüber der Medienkonferenz zum letzten Jahreswechsel tritt die Mitte Thurgau mit einem etwa zur Hälfte erneuerten Team an. Statt Paul Rutishauser führt Sandra Stadler die Partei. Dominik Diezi hat Carmen Haag im Regierungsrat abgelöst. Kilian Imhof ist anstelle von Gallus Müller Fraktionspräsident. Bei den nationalen Aushängeschildern hingegen soll es bleiben, wie schon seit langem: Nationalrat Christian Lohr und Ständerätin Brigitte Häberli, die derzeitige Ständeratspräsidentin, treten wieder an. Auch die Jungpartei wird weiterhin von Flavia Scheiwiller geführt.

Passend zu einer derart langfristigen Strategie lädt die Mitte am Montag zur Jahresmedienkonferenz unter dem Motto «Die Mitte mit Weitsicht, Bewährtes bewahren – Neues wagen» in die Sky Lounge im elften Stock der Mühle Matzingen. Dabei trübt der Nebel die Aussicht auf die umliegenden Hügel.

Dem Thurgau zusätzliche Ersatzwahl ersparen

Die 64-jährige Häberli versichert, sie werde bei einer Wiederwahl eine volle vierjährige Legislatur absolvieren, sofern nicht ein Schicksalsschlag sie daran hindere. Der vorzeitige Rücktritt von Ständerat Paul Rechsteiner koste den Kanton St. Gallen 600 000 Franken: «Das möchte ich dem Thurgau ersparen.» Sie weist darauf hin, dass sämtliche 14 Mitte-Ständeräte wieder kandidieren, um Stabilität zu sichern.

Auch im Grossen Rat sieht Fraktionspräsident Imhof «bewährte Energie und frischen Wind». Ein Drittel der 24-köpfigen Mitte/EVP-Fraktion sei etwa so lange dabei wie Norbert Senn, der vor zwanzig Jahren in den Grossen Rat gekommen sei. Weitere sieben Kantonsräte hätten zwei oder mehr Legislaturen hinter sich. Ein weiteres Drittel sei in den letzten zwei Jahren durch frische Kräfte ersetzt worden. Politisch muss sich Häberli im Präsidentschaftsjahr zwar zurückhalten. Das gelte aber nicht für die Kommissionen, wo sie wei-



Die Exponenten der Mitte Thurgau: Imhof, Diezi, Scheiwiller, Lohr, Häberli, Stadler, Curau.

Bild: Arthur Gamsa

ter dabei sei. Eines ihrer Anliegen ist die Sicherung der Finanzierung der Kinderspitäler. Anfang 2023 erwartet sie die Botschaft des Bundesrats, wie es mit der Bodensee-Thuralt-Strasse (BTS) weitergeht. Wichtig ist Häberli auch die Alimentierung von Armee und Zivilschutz.

Christian Lohrs Sorge gilt wie im vergangenen Jahr dem Gesundheitswesen. Dessen hohe Kosten belasteten viele Leute im Land. Ihnen helfe eine Prämienverbilligung: «Diese ist nicht für Leute, die sie nicht brauchen.»

Parteipräsidentin Stadler erwähnt die Erfolge bei der Annahme der AHV-Revision und der Ablehnung der Massentierhaltungs-Initiative und erinnert an die Lancierung der Zwillingsinitiative für die Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe bei den Steuern und der AHV-Rente. Auf kantonaler Ebene

setzt sie die Akzente auf Familie, Landwirtschaft und Gewerbe. Ihre Wiederwahl als Güttinger Gemeinderätin ist Stadler nicht gelungen. Doch sie kann auf Wahlerfolge in Hüttwilten und Weinfeldern verweisen, wo die Mitte das Präsidium erobert hat. Kampflös gewonnen hat die Mitte zudem die Präsiden von Bichelsee-Balterswil und Romanshorn: Beide Amtsinhaber sind der Mitte beigetreten. Auch die Präsidentin der Jungen Mitte, Scheiwiller, nennt die Abstimmung über die Erhöhung des Frauenrentenalters ein Highlight, «zu dem wir bedeutend beigetragen haben».

Für den Wahlkampf der eidgenössischen Wahlen 2023 hofft Wahlkampfleiter Beat Curau auf den neuen Parteinamen. Dieser hat bereits einen Mitgliederzuwachs gebracht. Nach Angaben von Parteisekretärin Marlise Bänziger hat die Partei jetzt 1860 Mitglieder. Auch die Jung-

partei hat laut Scheiwiller zugelegt; der aktuelle Stand liege bei 60 bis 70 Mitgliedern. Ausserdem ist laut Stadler ein «Mitte(l) förderclub» entstanden, der bereits 170 Mitglieder aufweist.

870 Millionen Franken für Verbesserung der Velowege

Seinem Ruf als Konfliktlöser folgend hat sich Regierungsrat Dominik Diezi vorgenommen, die Akzeptanz der Denkmalpflege zu verbessern. Bis im Frühling will er zeigen, wie. Das Problem sieht er im Hinweisinventar mit 23 000 Einträgen. Diezi zielt auf eine Fokussierung auf herausragende Bauten und Ortsbilder. Der Kanton soll sich auf Objekte von nationaler und kantonaler Bedeutung beschränken. Für Bauten von kommunaler Bedeutung sollen die Gemeinden zuständig sein: «Die Gemeinden sollen autonomer werden.»

Das Veloweggesetz zwingt die Kantone, ihre Velowege zu

verbessern. Dank seines vorbildlichen Langsamverkehrskonzepts wisse der Thurgau, wo die Lücken und Schwachstellen seien, sagt Diezi. Diese liessen sich nicht von heute auf morgen beheben. Der Grund ist finanziell: Diezi beziffert die Kosten auf rund 870 Millionen Franken. Ebenfalls Zeit koste der Widerstand der Landeigentümer, die den Kanton vermehrt zu Enteignungsverfahren zwingen. Der ehemalige Richter beklagt sich über die bis zu zehnjährigen Verfahrensdauern. Schneller vorangehen dürfte es bei der Signalisation der Alltagsrouten, an deren Verbesserung die Fachstelle Langsamverkehr dran sei.

Mountainbiker haben sich in den Thurgauer Wäldern eigene Wege geschaffen; die beiden einzigen offiziellen Trails genügen ihnen nicht. Diezi hat das Ziel, mehr Trails zu schaffen, im Übrigen sollen sie «den Wald sein lassen».